



# Landes-SGK EXTRA

# Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

## Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

zunächst möchte ich nochmal einen Rückbezug auf unser großartiges Wahlergebnis bei der rheinland-pfälzischen Landtagswahl im März nehmen: Noch immer sind wir stolz und glücklich über das klare JA der Wählerinnen und Wähler für eine sozialdemokratische Politik. Im Rahmen der konstituierenden Landtags-sitzung wurde unsere wunderbare Ministerpräsidentin Malu Dreyer am 18. Mai klar in ihrem Amt bestätigt.

Nach der Wahl ist uns gemeinsam mit beiden Regierungspartnern außerdem ein guter Koalitionsvertrag gelungen, der wichtige Inhalte adressiert. Auch kommunale Schwerpunkte wurden gesetzt, auf die ich im Folgenden eingehen möchte.

### Lebenswerte Kommunen

Ziel ist es, die Kommunen weiter zu stärken, damit der Zugang zu Bildung, Arbeitsplätzen, Gesundheitsversorgung, konstante Investitionen in die Infrastruktur, aber auch die Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger bestmöglich gesichert sind. Ein bedeutsames Thema im Rahmen dieser Unterstützung ist die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs: Dieser muss sich an den Bedürfnissen der Kommunen orientieren und zugleich die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes berücksichtigen. Auch eine Lösung für die Altschuldenproblematik ist zentral, um für liquide Kommunen und damit für zukunftssichernde Investitionen zu sorgen. Das Land stellt bereits erhebliche Mittel unter anderem im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds zur Verfügung. Bereits im vergangenen Jahr stellte das Land eine 50-prozentige Übernahme in Aussicht, sofern der Bund die andere Hälfte übernehmen würde – entsprechende Beschlüsse scheiterten an der CDU/CSU im Bund. Ziel der Koalitionsparteien ist, dass auch der Bund zukünftig Mitverantwortung beim Altschulden-



Nico Steinbach

Foto: SGK

abbau trägt – das Thema muss erneut diskutiert werden.

### Innenstadt-Impulse

Bereits seit längerem leiden die Einzelhändler in unseren Innenstädten unter einem Strukturwandel, nun zusätzlich noch unter den finanziellen Einbußen durch die Einschränkungen der Pandemie. Innenstädte sind nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sie sorgen für soziale Treffpunkte und stärken die Attraktivität einer Region erheblich. Das Modellvorhaben „Innenstadt-Impulse“ soll die Entwicklung neuer Ansätze fördern und die Attraktivität der Zentren wieder steigern. Nach der ersten Fokussierung auf die rheinland-pfälzischen Oberzentren sollen auch die Mittelzentren zukünftig von dem Programm profitieren.

Der Klimaschutz beschäftigt uns auf allen Ebenen, auch die Kommunen

können hier einiges bewegen. Denn neben der Herausforderung, klimaschützende Maßnahmen als kommunale Aufgabe zu begreifen, ermöglichen diese auch die Partizipation an einem Wertschöpfungsprozess: Schließlich sorgt nachhaltiges Handeln und klimaneutrales Wirtschaften für eine höhere Lebensqualität und bietet eine Chance auf direkte finanzielle Partizipation. Dazu gehören auch Maßnahmen, die im Rahmen der Dorferneuerung mehr Grünflächen fördern. Investitionen in ein attraktives Lebensumfeld haben einen hohen Stellenwert.

Ein weiterer Punkt des Koalitionsvertrages betrifft die Weiterführung der Kommunal- und Verwaltungsreform: Die Reform strebt eine moderne, bürgernahe und digital vernetzte, aber auch resiliente Verwaltung an. Wichtig ist dabei die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bis Ende 2022. Zudem ist es erwünscht, dass sich Kommunen aktiv in den Diskussionsprozess um weitere Reformen der Verwaltungsstruktur einbringen und die Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit erkennen. Wichtig ist den Koalitionspartnern, dass die Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern nicht verloren geht, zugleich aber effizientere Strukturen genutzt werden können.

Neben den vorgestellten Inhalten gibt es noch viele andere Abschnitte, die im Koalitionsvertrag von Interesse für Kommunen sind. Ob der Ausbau von Windkraft, die Förderung des Ehrenamtes oder eine nachhaltige Land- und aktuell insbesondere auch Forstwirtschaft – in vielen politischen Bereichen sind auch die Kommunen betroffen.

### Baulandmobilisierung

Zum Ende möchte ich noch auf etwas Aktuelles verweisen: Um die Baulandmobilisierung zu erleichtern, wurde überraschend die Verlänge-

### Inhalt

Koalitionsvertrag will Kommunen stärken

Ralf Schwarm siegt in der VG Weilerbach

Voraussetzungen für Digitalsitzungen

SGK-Landesvorstand in Wort und Bild

Die Waldklimaprämie stützt Forstwirtschaft

rung des § 13b BauGB durchgesetzt. Dies gibt insbesondere kleinen Gemeinden die einfache Möglichkeit, ohne genehmigungspflichtigen Flächennutzungsplan einen Bebauungsplan bis 10.000 Quadratmeter bebaubarer Fläche auszuweisen, der Aufstellungsbeschluss muss bis 21. Dezember 2022 erfolgt sein, Satzungsbeschluss dann bis 31. Dezember 2024. Leichter wird es wohl nie mehr – Kritiker bemängeln den zusätzlichen Flächenverbrauch.

Mit freundlichen Grüßen

Nico Steinbach, MdL  
SGK-Landesgeschäftsführer

# Neuer Koalitionsvertrag setzt kommunale Schwerpunkte

Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz sollen weiter gestärkt werden. Wichtige Themen: Altschuldenabbau und Digitalisierung. Förderprogramme für Klimaschutz

Autor Wolfgang Kröhler

Die neue Landesregierung steht, das Bündnis von SPD, Grünen und FDP wird auch in der neuen Legislaturperiode fortgesetzt. Bei der Wahl zur neuen Ministerpräsidentin erhielt Malu Dreyer alle Stimmen der drei Koalitionsparteien im Mainzer Landtag – ein überwältigender Vertrauensbeweis. Zuvor schon hatte das Dreierbündnis einen neuen Koalitionsvertrag als Arbeitsgrundlage für die nächsten fünf Jahre ausgearbeitet, der auch von den Parteitaggen jeweils mit großer Mehrheit angenommen worden war. Aus Sicht der SGK Rheinland-Pfalz war dabei besonders wichtig, wie die Wünsche aus dem kommunalen Bereich berücksichtigt wurden. Erfreulich ist, dass nach den ersten Analysen der Vereinbarungen im neuen Koalitionsvertrag ein Schwerpunkt auf die Interessen von Städten und Gemeinden gelegt wurde. Jetzt kommt es natürlich auch auf die Umsetzung der zahlreichen Maßnahmen an. Das sieht auch SGK-Landesvorsitzender Michael Ebling so: „Wir begrüßen, dass die Koalition die Kommunen als wichtige Akteure sieht. Dies zeigt sich beispielsweise beim Thema Klimaschutz, bei dem die Landes-SGK eine stärkere Einbindung und mehr Mitbestimmung für die Kommunen forderte. Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Koalitionsvertrag die Kommunen bei ihren Aufgaben stärken wird. Besonders deutlich gilt dies für die Bereiche der Stärkung der Innenstädte, der Unterstützung des Ehrenamts bei der Feuerwehr und der Städtebauförderung. Alles Bereiche, in denen wichtige Forderungen von uns im Vorfeld der Landtagswahl nun Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden haben. Darüber zeigen wir uns als Landes-SGK froh. Dennoch bleibt leider offen, wie sich die kommunale Finanzausstattung entwickelt – dies bleibt wohl der KFA-Neuaufstellung vorbehalten. Ein entscheidendes Thema, dem wir weiter hohe Wichtigkeit beimessen werden.“

Nachfolgend geben wir einen Überblick über die wichtigsten Vorhaben der neuen Landesregierung im Zusammenhang mit den kommunalen Themen. Hier Auszüge aus dem Koalitionsvertrag:

## Starke Kommunen

Gemeinsam mit unseren Kommunen wollen wir die Chancen des Veränderungsjahrzehnts nutzen. Starke Kommunen, in denen die Menschen in Rheinland-Pfalz umfassenden Zugang zu Bildung, Mobilität, gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung, guten Arbeitsplätzen und einer leistungsstarken und verlässlichen digitalen Infrastruktur haben, sind dafür wichtige Veränderungstreiber. Wir werden gemeinsam mit unseren Kommunen dafür sorgen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft gut leben können. Als bürgernahe und das Lebensumfeld prägende Verwaltungsebene sind den Kommunen die alltäglichen Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft anvertraut. Kreise, Städte und Gemeinden sollen auf einem stabilen Fundament stehen. Hierzu muss die Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen ein Schwerpunkt im Landeshaushalt sein. Das Konnexitätsprinzip ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Das Land Rheinland-Pfalz wird sich auf Bundesebene für eine dynamische und dauerhafte Beteiligung des Bundes an bundesgesetzlich verursachten kommunalen Aufgaben einsetzen, insbesondere im Bereich der Sozialgesetzgebung (Bundeskonnexität). Der Kommunale Finanzausgleich ist das geeignete Instrument zur Unterstützung der Kommunen. Wir wollen einen bedarfsgerechten kommunalen Finanzausgleich entwickeln, der sich klar an den Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes orientiert. Der Dialog mit den Kommunen ist uns dabei sehr wichtig. Wir werden die Effekte der Umstellung auf wiederkehrende

Straßenausbaubeiträge insbesondere im Hinblick auf die Erhebungskosten betrachten.

## Altschuldenabbau

Das Land wendet bereits seit Jahren erhebliche Mittel auf, um die Kommunen bei der Altschuldenproblematik zu unterstützen. Durch den Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RP) und das Aktionsprogramm für kommunale Liquiditätskredite (Zinssicherungsschirm und Bonusprogramm) stellt das Land eine Summe von jährlich knapp 190 Millionen Euro bereit. Von 2012 bis 2020 wurden rund 1,5 Milliarden Euro für Zins- und Tilgungshilfe für kommunale Liquiditätskredite zur Verfügung gestellt. Die bestehenden Landesprogramme werden noch bis 2025 (KEF-RP) bzw. bis 2029 (Aktionsprogramm) geführt. Auf Bundesebene haben wir uns unter anderem auch in der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse dafür eingesetzt, dass der Bund Mitverantwortung für die Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik übernimmt. Eine Lösung blieb allerdings auf Bundesebene aus. Gerade in den aktuellen Zeiten wäre eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern ein wichtiges Signal an die Kommunen gewesen. Die Koalitionsparteien setzen sich erneut auf Bundesebene für eine Beteiligung des Bundes ein. Die kommunale Altschuldenhilfe muss weiterhin auf der bundespolitischen Agenda bleiben. Im Rahmen der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs wird das Thema der Altschulden der Kommunen ebenso in das Gesamtkonzept einbezogen.

## Klimaschutz und Digitalisierung

Der Klimaschutz und die Folgen der Klimaerhitzung stellen unsere Kommunen vor große Herausforderungen. Dafür wollen wir sie durch geeignete Förderprogramme und

durch Veränderung der bestehenden Richtlinien dabei unterstützen, Maßnahmen für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung umzusetzen. Hierbei nehmen die kommunalen Klimaschutzbeauftragten eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Klimaschutzes und der Prozesssteuerung wahr. Die Digitalisierung schreitet in allen Bereichen unserer Gesellschaft mit schnellen Schritten voran. Unsere Kommunen stehen dabei vor erheblichen Herausforderungen. Hierbei nehmen die kommunalen Digitalisierungsbeauftragten eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Digitalisierung und IT-Steuerung wahr. Ratsitzungen in Präsenz sind und bleiben ein wichtiges Element der Demokratie auf kommunaler Ebene. Um die Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt zu verbessern, werden wir die Möglichkeit von Beschlussfassungen im Rahmen digitaler Ratsitzungen auch nach der Pandemie ermöglichen. Dafür werden wir die Ergebnisse der Evaluation der wegen der Corona-Pandemie geschaffenen Vorschriften auswerten. Rechtssicherheit und Transparenz kommunaler Ratsarbeit sind hierbei zu berücksichtigen. Die nächste Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung nehmen wir zum Anlass, um mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Verbesserung der Rahmenbedingungen des kommunalen Ehrenamtes, beispielsweise im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Kommunalmandat, zu erzielen. Unsere Demokratie lebt vom politischen Engagement. Die zunehmenden Anfeindungen und gewalttätigen Übergriffe gegenüber politisch aktiven Menschen beobachten wir mit großer Sorge. Wir wollen prüfen, wie wir diese Menschen besser schützen und wie wir im Hinblick auf den Schutz persönlicher Daten sicherstellen können, dass sie sich frei von Angst in den politischen Diskurs einbringen können. Deshalb werden wir prüfen, wie die rechtlichen Vorausset-



zungen für den Antrag auf Erteilung von Auskunfts- und Übermittlungssperren mit Blick auf die persönlichen Daten von politisch aktiven Menschen gesenkt werden können und werden ggf. dazu auf Bundesebene aktiv werden.

Um die Zukunft unserer Demokratie zu sichern, müssen wir die Jüngeren auch über die Ausweitung des Wahlrechts hinaus an demokratische Entscheidungsprozesse heranführen und ihnen im Rahmen der bestehenden demokratischen Institutionen mehr Möglichkeiten geben. Um hier gemeinsam mit den Jugendlichen die richtigen Beteiligungsformen zu finden, werden wir wissenschaftlich begleitete Modellprojekte für Jugendparlamente und -foren auf kommunaler Ebene durchführen. Die nächste Änderung der Gemeindeordnung nehmen wir zum Anlass, um mit den kommunalen Spitzenverbänden eine stärkere Einbindung von Jugendlichen in die Kommunalpolitik zu erzielen. Hier werden wir auch in den Dialog mit Jugendvertreter:innen treten.

### Kommunal- und Verwaltungsreform

Die dringlichste Aufgabe unserer Kommunen liegt derzeit in der Bekämpfung der Pandemie und der Bewältigung der zum Teil noch nicht absehbaren Folgewirkungen. Dies erfordert eine enorme Kraftanstrengung und bindet erhebliche zeitliche wie personelle Ressourcen mit Blick auf die Weiterentwicklung einer modernen, digital vernetzten, bürgernahen und resilienten Kommunalverwaltung. Die verbindliche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bis zum Jahresende 2022, der verstärkte Ausbau der Digitalisierung und die Einführung der kommunalen eAkte gehören in diesem Kontext ebenso zu den Themenschwerpunkten wie die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) und die Modellphase zur Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Insbesondere die Digitalisierung wird den Kommunen wichtige Erkenntnisse dazu liefern, inwieweit durch IKZ Synergie-Effekte und eine Verbesserung der Effizienz kommunaler Strukturen erreicht werden können, ohne dass die Bürger:innennähe davon tangiert wird. Die Ergebnisse der vor-

genannten Vorhaben werden uns die strukturelle Entscheidungsgrundlage dafür liefern, das weitere Verfahren zur Fortführung der Kommunal- und Verwaltungsreform festlegen zu können. Die umfangreichen Gutachten zur Kommunal- und Verwaltungsreform haben uns die Notwendigkeit einer weiteren Reform der Strukturen auf kommunaler Ebene deutlich aufgezeigt. Für uns gilt unverändert die Prämisse fort, dass wir Entscheidungen über die notwendige Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen in einem breiten politischen Konsens im Parlament und mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie auf Grundlage einer breit angelegten Bürgerbeteiligung treffen und umsetzen werden.



Die Kassenlage ist in den meisten Städten und Gemeinden immer noch schlecht. Die Landesregierung will sich beim Bund weiter für einen Altschuldenabbau einsetzen.

Foto: Archiv SGK

### Lebendige Dörfer und Städte

Rheinland-Pfalz ist durch seine starke kommunale Struktur geprägt. Unser Ziel sind zukunftsfeste, lebenswerte und lebendige Dörfer und Städte, in ländlichen und urbanen Räumen. Wir wollen unsere Kommunen als Orte des sozialen Zusammenhalts, Orte der Lebensqualität und Orte des klimaneutralen Wirtschaftens weiterentwickeln. Hierbei legen wir ein Augenmerk auf Sicherheit, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklungschancen. Hierfür verfolgen wir einen integrierten Ansatz und setzen ein umfangreiches Maßnahmenpaket um: Städtebauförderung/

Dorferneuerung/I-Stock/Stadtdörfer. Die Fördermittel in den Investitionsprogrammen Städtebau, Dorferneuerung und Investitionsstock werden wir auf hohem Niveau halten und auch mit diesen Mittel Maßnahmen für den Klimaschutz und das nachhaltige Bauen unterstützen. Das Modellprojekt Stadtdörfer, mit dem Stadtteile mit dörflichem oder ländlichem Charakter gefördert werden, wollen wir verstetigen und zu einem landesweiten Programm ausbauen.

### Dorferneuerungsschwerpunkt

**Grün im Dorf:** Innerhalb der Dorferneuerung werden wir durch die Erhöhung des Fördermittelanteils einen deutlichen Schwerpunkt auf Maßnahmen der Dorfökologie sowie der

del stellen Handel und Kommunen vor große Herausforderungen. Mit dem Modellvorhaben „Innenstadt-Impulse“ und den Ansätzen aus dem Einzelhandels Gipfel setzen wir auf innovative Ideen, um die Stadtentwicklung voranzubringen. Nachdem im ersten Schritt die Oberzentren von diesem neuen Ansatz profitieren, werden wir auch die Mittelzentren in das Vorhaben einbeziehen. Die Grundzentren werden wir im Rahmen der bestehenden Programme weiter unterstützen.

**Stadt.Land.Stark:** Da sich in unseren Kommunen die gesamte Lebenswirklichkeit der Menschen abspielt, gehen wir auch bei der Unterstützung durch das Land neue und umfassenden

Grün- und Freiraumgestaltung (Grün im Dorf) legen und damit Klimaschutz vor Ort und eine nachhaltige Stärkung der Lebensqualität gezielt fördern. Um dem Thema seinen notwendigen Stellenwert einzuräumen und auch die Bevölkerung noch stärker dafür zu sensibilisieren, werden wir das jährliche Sonder-Förderkontingent für unsere Kommunen mehr als verdoppeln.

**Innenstadt-Impulse:** Nicht nur der ländliche Raum, sondern auch unsere Innenstädte sind im Wandel. Die monatelangen pandemiebedingten Einschränkungen und der Strukturwan-

de Wege. Mit „Stadt.Land.Stark“ kombinieren wir ressortübergreifend die Themen der klassischen Kommunalförderung mit den Themengebieten Arbeit und Soziales sowie Wohnen und Bauen. So etablieren wir mit einem ganzheitlichen, integrierten Unterstützungsansatz Leuchttürme für das ländliche Leben.

### Starke Kommunen – starkes Land:

Um auch über Verwaltungsgrenzen hinweg positive Entwicklungen auf regionaler Ebene anzustoßen, werden wir unsere Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – starkes Land“ intensivieren. Das Format „Zukunfts-

check Dorf“ und das Instrument des Kreisentwicklungskonzepts führen wir fort. Unseren Kommunen stehen eine Vielzahl von Fördertöpfen von EU, Bund und Land zur Verfügung. Wir wollen, dass sie diese Mittel möglichst effektiv abrufen und einsetzen können. Deshalb werden wir unser vorhandenes Beratungsangebot verbessern und sie dabei unterstützen, Bundes- und EU-Fördermittel noch stärker in Anspruch zu nehmen. Am Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung halten wir auch bei der Kommunalentwicklung fest. Wir werden prüfen, wie rechtliche Hürden für eine erfolgreiche Innenentwicklung gesenkt und Verfahren entbürokratisiert werden können.

**Prävention und Sicherheit:** Die urbane Kriminalprävention und damit die Sicherheit in unseren Städten haben für uns einen hohen Stellenwert. Deswegen wollen wir die Kriminalpräventiven Räte stärken, in denen Vertreter:innen der Kommunen, der Zivilgesellschaft und Polizei zusammenkommen. Wir wollen auch die

Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen durch die Beseitigung möglicher „Angsträume“, entsprechend weiterentwickeln, Abläufe bei der Planung und Durchführung von Großveranstaltungen sowie durch geeignete städtebauliche Maßnahmen weiter erhöhen. Hierbei spielt die Absicherung von belebten Plätzen, etwa durch technische, verkehrsplanerische oder gestalterische Maßnahmen, eine entscheidende Rolle. Die enge Einbindung der Bürger:innen ist uns auch in diesem Zusammenhang wichtig. Wir werden in ausgewählten Kommunen die Erprobung und Umsetzung sinnvoller und zielgerichteter Maßnahmen unterstützen. Hierzu wird auch eine Qualifizierung der Planer:innen für die Belange der städtebaulichen Kriminalprävention und der Verantwortlichen in den Kommunen insbesondere zur Sicherung von Großveranstaltungen erfolgen.

**Digitale Dörfer / Digitale Städte:** Wir unterstützen Dörfer und Städte dabei, sich mit innovativen Ansätzen

noch besser aufzustellen und so die Lebensqualität weiter zu erhöhen. So leisten wir auch einen Beitrag für eine ausgewogene demographische Entwicklung. Wir haben mit den „Digitalen Dörfern“ und unter anderem der Unterstützung für die „herzlich digitale Stadt“ Kaiserslautern wichtige Best-Praxis-Beispiele für Smart-City/Smart-Country geschaffen. Die Erfahrungen dieser Projekte wollen wir nun in die Fläche bringen und daher das „Netzwerk Digitale Dörfer RLP“ und das „Interkommunale Netzwerk Digitale Stadt“ nutzen, um den Wissenstransfer zu sichern.

**Dorfläden und Dorfbüros:** Mit unserer Unterstützung für den Aufbau von Dorfläden und Dorfbüros sowie neuer Konzepte zur Nutzung und Gestaltung von Dorfgemeinschaftshäusern schaffen wir in unseren Kommunen soziale Orte, die den Zusammenhalt und die Attraktivität unserer Gemeinden weiter steigern. Mit den Dorfbüros bringen wir die neue Form des Arbeitens in einem Co-Working-Space auch aufs Land. Mit einem

neuen Förderprogramm unterstützen wir die Kommunen, bei denen keine privaten oder gemeinnützigen Angebote vorhanden sind, beim Aufbau und der Umsetzung von Dorfbüros. Hiermit leisten wir einen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für den Klimaschutz.

#### IMPRESSUM

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
SGK Rheinland-Pfalz e.V.,  
Romano-Guardini-Platz 1, 55116 Mainz  
E-Mail: gabriele.vogelsgesang@sgkrlp.de

**Redaktion:** Wolfgang Kröhler  
Telefon: (06737) 260  
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

**Verlag:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

**Anzeigen:** Henning Witzel, Volker Weber

**Litho:** DDV Technik GmbH

**Druck:** DDV Druck GmbH,  
Meinholdstraße 2, 01129 Dresden  
E-Mail: dvd@ddv-mediengruppe.de

## Ralf Schwarm landet einen Erdrutschsieg

Ab Mitte Dezember neuer Bürgermeister der VG Weilerbach. Sozialdemokrat löst CDU-Amtsinhaberin nach 16 Jahren ab. Offener Umgang mit den Menschen

Autor Wolfgang Kröhler

Wenn ein Amtsträger sich zur Wiederwahl stellt, so hat er in aller Regel über seinen Amtsbonus einen großen Vorteil und gilt gemeinhin als Favorit für den Wahlausgang. Siegt aber ein vermeintlicher Außenseiter, dann spricht man von einer großen Überraschung, manchmal sogar von einer Sensation. Genau ein solches Szenario ist jetzt in der Verbandsgemeinde Weilerbach (Landkreis Kaiserslautern) eingetreten: Sozialdemokrat Ralf Schwarm setzte sich mit 64,2 Prozent der Wählerstimmen gegen die bisherige und seit 16 Jahren amtierende VG-Bürgermeisterin Anja Pfeiffer (CDU) durch – sie kam lediglich auf 35,8 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 54,6 Prozent. Ein

Erdrutschsieg für den Ortsbürgermeister aus Rodenbach.

Ralf Schwarm lag in allen acht Ortsgemeinden der VG Weilerbach vorne, er übernimmt Mitte Dezember 2021 die Amtsgeschäfte von seiner Vorgängerin, die bei ihrer Wahl 2005 mit 25 Jahren die jüngste hauptamtliche Bürgermeisterin in Deutschland war. Davor stand von 1987 bis 2005 Sozialdemokrat Anton Jung der VG Weilerbach vor, Ralf Schwarm läutet mit seinem Erfolg eine neue SPD-Ära ein.

#### Erfahrener Ortsbürgermeister

Seine politische Laufbahn ist nicht unbedingt typisch für den Werdegang eines Sozialdemokraten in

der heutigen Zeit. Ralf Schwarm ist kein Akademiker, er kommt vielmehr aus dem Handwerkerbereich. Der 49-Jährige ist selbstständiger Schornsteinfegermeister und Dozent an der Schornsteinfegerfachschule Rheinland-Pfalz sowie Gebäudeenergieberater. Seit fast 40 Jahren ist er in der Freiwilligen Feuerwehr aktiv, war Jugendfeuerwehrwart und stellvertretener Wehrführer. Kommunalpolitisch aktiv ist Ralf Schwarm seit sieben Jahren als Ortsbürgermeister von Rodenbach (zuvor fünf Jahre 1. Beigeordneter), außerdem ist er Mitglied des VG-Rates.

Der neue VG-Bürgermeister verkörpert all die Werte, die Sozialdemo-



Vom Schornsteinfeger ins Amt als Bürgermeister der VG Weilerbach: Ralf Schwarm

Foto: Privat

kraten in den vergangenen Jahrzehnten bis in die heutigen schwieriger gewordenen Zeiten auszeichnen und bei den Wählerinnen und Wählern ankommen: Offener Umgang mit den Menschen, Ehrlichkeit, läuft nicht vor Problemen weg, sondern sucht nach Lösungen, kann zuhören, aber auch anpacken, geht auch auf den



politischen Kontrahenten zu. Ralf Schwarm ist ein Mann, der mitten drin ist in unserer Gesellschaft und nicht nur einfach dabei. Das alles hat er schon in den vergangenen sieben Jahren als Ortsbürgermeister von Rodenbach bewiesen.

### Klare Vorstellungen

Für sein neues Amt ab Mitte Dezember hat der Sozialdemokrat schon klare Vorstellungen. Er will

eine familienfreundliche und motivierte Verwaltung schaffen, die mit zukunftsweisenden Konzepten Dienstleister aller Gemeinden ist und die den Bürgern dient. „Lebenswerte Gemeinden zeichnen sich aus durch erreichbare Arbeitsplätze, eine optimale Gesundheitsversorgung, gute Schulen und Betreuungseinrichtungen, einen hohen Freizeitwert und Einkaufsmöglichkeiten über das normale

Maß hinaus“, so die Marschrichtung von Ralf Schwarm. Es sei an der Zeit, Pläne nicht in der Schublade verschwinden zu lassen, sondern sie vor Ort mit den Menschen anzupacken, schiebt er hinterher. Er will frischen Wind in die Amtsstuben bringen, mit Menschlichkeit überzeugen und mit Führungsqualität Verantwortung übernehmen. Für sein neues Bürgermeisteramt in der VG Weilerbach hat Ralf Schwarm

selbst hohe moralische Anforderungen: ehrlich, politisch neutral und pflichtbewusst. Und vor kritischen Momenten, die immer mal kommen können, hat er ohnehin keine Angst: „In solchen Situationen kommt mir zugute, dass ich in den fast 40 Jahren in der Feuerwehr gelernt habe, nicht aus der Ruhe zu geraten und schnelle Entscheidungen zu treffen“. Gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Amtszeit.

## Digitale Gremiensitzungen

Bewährtes Mittel in Pandemiezeiten. Aber die gesetzlichen Voraussetzungen sind zu beachten

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Digitale Gremiensitzungen haben sich als wichtiges Werkzeug für die kommunale Ratsarbeit in Pandemiezeiten etabliert. Auch in Rheinland-Pfalz sind kommunale Beratungen und Beschlussfassungen als Video- oder Telefonkonferenzen unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

Die einschlägige Regelung in der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz findet sich in § 35 III GemO. Dort heißt es:

[...] Bei Naturkatastrophen oder sofern andere außergewöhnliche Notsituationen dies erfordern, dürfen Beschlüsse in einem schriftlichen oder

elektronischen Umlaufverfahren oder mittels Video- oder Telefonkonferenzen gefasst werden, wenn bei Umlaufverfahren kein Ratsmitglied einem solchen Verfahren widerspricht und bei Video- oder Telefonkonferenzen zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder einem solchen Verfahren zustimmt [sic]. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend. Der Gemeinderat ruft in seiner nächsten Präsenzsitzung die im Umlaufverfahren gefassten Beschlüsse auf und kann diese aufheben, soweit nicht bereits Rechte Dritter entstanden sind. Bei Video- und Telefonkonferenzen ist der Öffentlichkeit auf elektronischem Weg die Teilnahme zu ermöglichen, sofern keine Gründe im Sinne des

Absatzes 1 Satz 1 entgegenstehen. Die Einwohnerinnen und Einwohner sind hierüber in geeigneter Form zu unterrichten. [...]“

Diese gesetzliche Regelung war zunächst bis zum 31. März 2021 befristet und ist nunmehr bis zum 31. März 2022 verlängert worden.

Digitale Sitzungen bieten zusätzlich zum Infektionsschutz weitere Vorteile: So ist hier die Zeitersparnis durch wegfallende Fahrtwege zu nennen, besonders in großen Landkreisen. Auch ein Plus an Flexibilität und somit die bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Familie liegen auf der Hand.

Neben positiven Aspekten, gibt es jedoch auch Nachteile: Die Online-Kommunikation kann die zwischenmenschliche Interaktion erschweren. Zudem ist für eine Video-Schleife eine schnelle und stabile Internetverbindung nötig, die nicht immer und überall gewährleistet ist.

**Wie sehen eure Erfahrungen mit digitalen Sitzungen aus? Die SGK freut sich über euer Feedback! [geschäftsstelle@sgkrlp.de](mailto:geschäftsstelle@sgkrlp.de)**

Anzeige

**BESUCHEN SIE UNS AUF**  
[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)

**DEMO**  
VORWÄRTS-KOMMUNAL  
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE  
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.**

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

# Der SGK-Landesvorstand Rheinland-Pfalz

Text und Fotos: SGK Rheinland-Pfalz

Der SGK-Landesvorstand, der Ende des vergangenen Jahres neu gewählt wurde, setzt sich aus insgesamt 14 Mitgliedern zusammen. Fünf davon sind Frauen, alle haben ihre Wurzeln in der kommunalpolitischen Arbeit. Mit 26 Jahren ist Theres Heilscher aus Kamp-Bornhofen das jüngste Gremiumsmitglied, Rainer Kaul (Ex-Landrat im Landkreis Neuwied) mit 68 Jahren das älteste. Die rheinland-pfälzischen Regionen sind sehr gut abgedeckt, die Mitglieder sind natürlich auch vor Ort Ansprechpartner für alle Belange der Kommunalpolitik und der SGK. Bei Fragen oder Problemen kann man sich natürlich auch an die SGK-Geschäftsstelle wenden

**SGK Rheinland-Pfalz e. V.**

**Romano-Guardini-Platz 1, 55116 Mainz**

**Telefon: 06131/270-6180, Fax: 06131/270-6183, E-Mail [geschäftsstelle@sgkrp.de](mailto:geschäftsstelle@sgkrp.de)**

Mit dem SGK-Landesvorsitzenden und Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling sind die Rheinland-Pfälzer sehr gut vernetzt in überregionalen Gremien, so ist der OB beispielsweise stellvertretender Vorsitzender der Bundes-SGK. Mit dem Nieder-Olmer Verbandsbürgermeister Ralph Spiegler kommt seit dem vergangenen Jahr der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes aus den Reihen der rheinland-pfälzischen SGK. Geschäftsführer der SGK Rheinland-Pfalz ist Nico Steinbach, MdL.

**Nachfolgend die Zusammensetzung des SGK-Landesvorstandes.**

## Der Geschäftsführende Vorstand



**Michael Ebling**, SGK-Landesvorsitzender, 53 Jahre, seit 2012 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, zuvor Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Bildungsministerium (2006-2012) und Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit in Mainz. Seit 2015 Vorsitzender der Landes-SGK, zuvor seit 2012 stellvertretender Vorsitzender. Weiteres kommunalpolitisches Engagement als Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetages, als Vorsitzender des rheinland-pfälzischen Städtetags und als ehrenamtlicher Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen e. V.



**Dr. Heike Kaster-Meurer**, stellvertretende Landesvorsitzende, 54 Jahre, seit Juli 2011 Oberbürgermeisterin von Bad Kreuznach, bis dahin als Ärztin in der Chirurgie und Psychosomatik tätig. Seit 1994 Mitglied der SPD, von 2009 bis 2011 stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Stadtrat Bad Kreuznach, seit 2011 kooptiertes Mitglied des SGK-Landesvorstandes.



**Ralph Spiegler**, stellvertretender Landesvorsitzender, 59 Jahre, seit 1994 Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm, seit 2000 Mitglied des Kreistages Mainz-Bingen und von 2010 bis 2017 Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Mainz-Bingen, seit 2011 stv. Landesvorsitzender der SGK und Mitglied im Bundesvorstand der SGK, seit 2012 alternierender Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes (GStB) Rheinland-Pfalz, 2014 bis Juni 2020 Vizepräsident und seit Juli 2020 Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.



**Torsten Blank**, stellvertretender Landesvorsitzender, 49 Jahre, seit Oktober 2011 Bürgermeister der Verbandsgemeinde Landau-Land, 2004 bis 2014 Ortsbürgermeister der Gemeinde Billigheim-Ingelheim, seit 1999 Mitglied im Kreistag Südliche Weinstraße, seit 2016 Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, seit 2019 Mitglied im Landesvorstand des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz, seit 1993 Mitglied der SPD.



## Beisitzerinnen und Beisitzer im SGK-Landesvorstand

### Reinhard Grasnick,

65 Jahre, Polizeibeamter i. R., seit 1992 in der SPD, seit 2007 SPD-OV-Vorsitzender, seit 2011 im SGK-Landesvorstand, seit 1994 im VG-Rat Bernkastel-Kues, aktuell Vorsitzender der SPD-Fraktion, seit 1994 im Gemeinderat Burgen, seit 1999 Ortsbürgermeister in Burgen.



### Rainer Kaul,

68 Jahre, Landrat a. D., 24 Jahre Landrat des Landkreises Neuwied, zuvor Erster Kreisbeigeordneter, MdL, Finanzreferent des GStB, Mitglied im VG-Rat Puderbach und OG-Rat Linkenbach, seit 1994 im Vorstand der SGK, seit 2005 Präsident des DRK-LV Rheinland-Pfalz, zuvor Vizepräsident und DRK-Kreisvorsitzender Neuwied.



### Gabriele Greis,

53, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin. Seit 2009 Mitglied der SPD sowie der SGK. Seit 2008 Erste hauptamtliche Beigeordnete der Verbandsgemeinde Hachenburg, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag des Westerwaldkreises, Ortsbürgermeisterin der Ortsgemeinde Hardt, ab 1. Oktober 2021 Bürgermeisterin der VG-Hachenburg.



### Nina Klinkel, MdL,

37 Jahre, 2005 Eintritt in die SPD. Kommunalpolitisch aktiv ab 2009 in verschiedenen Gremien (u. a. Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im VG-Rat Rhein-Selz), seit 2010 Mitglied im KV Mainz-Bingen. Seit Mai 2016 in den Landtag von Rheinland-Pfalz gewählt, dort tierschutzpolitische und tourismuspolitische Sprecherin, Mitglied in verschiedenen

Ausschüssen sowie Obfrau in der Enquete Kommission Wirtschafts- und Standortfaktor Tourismus in Rheinland-Pfalz. Seit November 2018 in den SPD-Landesvorstand RLP gewählt.

### Theres Heilscher,

26 Jahre, ledig, seit 2014 Mitglied der SPD, seit 2018 Mitglied im Ortsgemeinderat Kamp-Bornhofen, Ortsvereinsvorsitzende der SPD Kamp-Bornhofen, Mitglied des Kreisvorstandes der SPD Rhein-Lahn, seit November 2019 Wahlkreismitarbeiterin im Bürgerbüro von Roger Lewentz, MdL, 2019/2020 Wahlkampfleiterin der VG-Wahl in der VG Loreley von Mike Weiland, seit 2020 Fraktionsvorsitzende im Ortsgemeinderat Kamp-Bornhofen, Wahlkampfleiterin und B-Kandidatin von Roger Lewentz, MdL.



### Marc Ruland,

39 Jahre, 2007 wurde er stellvertretender Vorsitzender des SPD-Stadtverbands in Andernach. Seit 2009 ist er Mitglied im Landesparteirat. 2009 wurde er in den Stadtrat von Andernach und den Kreistag von Mayen Koblenz gewählt. 2013 bis 2021 MdL, seit Mai 2021 Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz.



### Marcus Heintel,

44 Jahre alt, wohnhaft in Rivenich (Kreis Bernkastel-Wittlich). Seit Juli 2014 Bürgermeister der Verbandsgemeinde Traben-Trarbach. Nach dem Studium des Wirtschafts- und Umweltrechts am Umwelt-Campus Birkenfeld über zehn Jahre Mitarbeiter beim AWO-Betreuungsverein Bernkastel-Wittlich und anschließend beim DGB Region Trier. Mitglied der SPD seit 1992, kommunalpolitisch groß geworden in der Gemeinde Morbach (Gründungsvorsitzender Jugendparlament, Mitglied im Gemeinderat und dort SPD-Fraktionsvorsitzender). Mitglied des Kreistages Bernkastel-Wittlich seit Juni 2009. Vorstandsmitglied der SGK Bernkastel-Wittlich seit 2016 als Schriftführer.

Mitglied der SPD seit 1992, kommunalpolitisch groß geworden in der Gemeinde Morbach (Gründungsvorsitzender Jugendparlament, Mitglied im Gemeinderat und dort SPD-Fraktionsvorsitzender). Mitglied des Kreistages Bernkastel-Wittlich seit Juni 2009. Vorstandsmitglied der SGK Bernkastel-Wittlich seit 2016 als Schriftführer.



### Heike Scharfenberger, MdL,

59 Jahre, Mitglied des Landtags von 2010 bis 2011 und wieder seit 2014. Von 2008 bis 2019 Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Ludwigshafen und Ortsvorsteherin von Ludwigshafen-Ruchheim von 2004 bis 2019.

weiter von Seite VII

## Beisitzerinnen und Beisitzer im SGK-Landesvorstand



### Steffen Wolf,

40 Jahre, seit 2006 in der SPD und im Vorstand des OV-Jugendheim, seit 2009 im VG-Rat Nieder-Olm und hier seit 2011 Fraktionsvorsitzender, Erster hauptamtlicher Kreisbeigeordneter im Landkreis Mainz-Bingen seit 2018.



### Stefan Worst,

58 Jahre, Leiter der Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) des Bundesprojektes „Demokratie leben – Partnerschaft für Demokratie“ im Nationalparklandkreis Birkenfeld, SPD-Kreisvorsitzender, DGB-Kreisvorsitzender, SGK-Regionalvorsitzender, Mitglied des Kreistages Birkenfeld und des Stadtrates Idar-Oberstein, Mitglied im Landkreistag.



Der Schein trügt: Den Wäldern in Deutschland – auch in Rheinland-Pfalz – geht es nicht gut. Die Aufforstung mit klimaresistenten Bäumen erfordert hohe Investitionen.

Foto: Pixabay

## Honorierung des Ökosystems Wald

Bundestag hat Waldklimaprämie auf den Weg gebracht. Hohe Investitionen für den Aufbau eines stabilen Waldes werden notwendig sein

**Autorin** Lisa Vogel

Gute Entscheidung für die kommunalen Waldbesitzer: In erster Lesung hat der Bundestag nun über eine Waldklimaprämie beraten. Der Antrag stammte von der SPD gemeinsam mit der CDU-/CSU-Fraktion. Die Prämie soll als neues Honorierungssystem einen nachhaltigen und wertschätzenden Umgang mit dem Ökosystem Wald belohnen und gleichzeitig die Forstwirtschaft unterstützen.

Neben seiner bedeutsamen Funktion für Klimaschutz und Artenvielfalt ist der Wald auch ein wichtiger Faktor für die Rohstoffgewinnung. Holz ist nach wie vor stark gefragt, wie vor allem die aktuelle Diskussion um steigende Konstruktionsholzpreise zeigt.

Aktuell ist die Lage in den Wäldern sehr angespannt, vor allem klimabedingte Dürren, Borkenkäfer-Kalamitäten und Stürme haben in den letzten Jahren für große Schäden gesorgt. Seit Beginn der Waldzustandserhebung wurden die bislang schlechtesten Ergebnisse für 2020 vermerkt – ein Alarmsignal.

### Hohe Investitionen

Für die Aufforstung und den Aufbau eines klimastabileren Waldes sind zukünftig hohe Investitionen nötig. Die nachhaltige Forstwirtschaft ist eine Generationenaufgabe, die auch den Kommunen in ihrer Funktion als Waldbesitzer zukommt. Sinkende Erträge in der Waldbewirtschaftung stehen jedoch den dringend notwendigen Investitionen gegenüber,

zum Teil haben einige kommunale Forstbetriebe in den vergangenen Jahren ihren kompletten Bestand verloren.

Langfristiges Ziel muss es sein, die Wälder so umzubauen, dass sie als klimastabile Ökosysteme bestehen können. Die SGK Rheinland-Pfalz begrüßt daher umso mehr die Einführung einer Waldklimaprämie als Honorierungssystem. Erforderlich ist dabei vor allem eine klar definierte Zertifizierung, über welche die Honorierung auch an den richtigen Stellen ankommt – damit die Wälder auch in Zukunft ihre enorme Leistung für Klima, Biodiversität, Wasser- und Bodenschutz und besonders auch als Rohstofflieferant erbringen können.

### Waldklimaprämie

Aktuell ist das Honorierungssystem einer Waldklimaprämie noch nicht vollständig ausgearbeitet. Einige Eckpunkte und Anforderungen stehen jedoch bereits fest:

- Die Zahlung soll an Bedingungen geknüpft werden.
- Der nachhaltige Umgang mit dem Wald soll anhand definierter Voraussetzungen erfolgen, sodass nur Waldbesitzende, die im Sinne einer Verbesserung der Ökosystemleistung wirtschaften, Anspruch auf eine Honorierung haben sollen.
- Das Honorierungssystem soll langfristige Anreize setzen, um die nachhaltige Waldwirtschaft und die Pflege des Waldes perspektivisch zu gestalten.
- Der bürokratische Aufwand soll möglichst gering gehalten werden.